



## Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

### Jahresbericht Honduras

2018

#### **Polizeigewalt und willkürliche Verhaftungen**

Nach den nationalen Wahlen im November 2017 kam es in Honduras monatelang zu massiven Protesten, nachdem internationale und nationale Beobachter über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen berichteten. Die Behörden verhängten den Notstand. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) verurteilten die Entscheidung wegen der Nichteinhaltung von internationalen Menschenrechtsstandards. Amnesty International hat Informationen zusammengetragen, in denen von exzessiver Polizeigewalt gegen Demonstranten/innen berichtet wird, unter anderem wurde mit scharfer Munition geschossen.

Laut dem OHCHR wurden während der Proteste mindestens 22 Zivilisten und Zivilistinnen getötet, örtliche Behörden sprachen von mindestens 31 Tötungen. Mindestens 16 von ihnen wurden von Sicherheitskräften erschossen. In diesem Zusammenhang wies der OHCHR auf außergerichtliche Exekutionen in sieben Fällen hin. Mehr als 1.300 Menschen wurden inhaftiert, viele von ihnen in Militärgefängnissen. Das OHCHR dokumentierte „glaubwürdige und übereinstimmende Zeugenaussagen“, die belegen, dass inhaftierte Personen Misshandlungen ausgesetzt waren. Amnesty International erhielt Berichte, dass Tränengas in geschlossenen Räumen zum Einsatz kam und Inhaftierte geschlagen wurden.

#### **Angriffe auf Journalisten und Journalistinnen**

Journalisten/innen waren auch im Jahr 2018 Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt. Während der Proteste nach den Wahlen dokumentierte das OHCHR körperliche Angriffe auf mindestens sechs Journalisten/innen, die von den Protesten berichteten.

## **Menschenrechtsverteidiger/innen und Landrechtsverteidiger/innen**

Die honduranische Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres wurde am 2. März 2016 in ihrem Haus umgebracht. Als Sprecherin und Gründungsmitglied der Indigenenorganisation *Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras* (COPINH) hatte sie sich gegen den Bau des Wasserkraftwerkes Agua-Zarca am Fluss Gualcarque und auf dem Land der indigenen Gemeinschaft der Lenca eingesetzt.

Im November 2018 wurde der Prozess mit einem Schuldspruch gegen die Täter abgeschlossen. Ende 2019 wurde das Strafmaß für sieben Personen verkündet, die an der Tat beteiligt gewesen waren. Sie wurden zu Haftstrafen von 30 bis 50 Jahren verurteilt. Die Auftraggeber des Mordes werden jedoch immer noch nicht strafrechtlich verfolgt. Trotzdem wird der Schuldspruch als Fortschritt angesehen.

In Honduras werden Menschenrechtsverteidiger/innen und Landrechtsverteidiger/innen seit Jahren bedroht. Der Rechtsanwalt Victor Fernandez, der die Angehörigen von Berta Cáceres vertrat, sagte: „Die anhaltende Straffreiheit ist eine Garantie für weitere Verbrechen an Aktivistinnen und Aktivisten, die bereits geschehen sind. Insbesondere diejenigen, die das Modell der Ausbeutung und Plünderung der Ressourcen ablehnen, sind weiterhin struktureller Gewalt ausgesetzt, der Gewalt der Justiz.“

[www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/honduras](http://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/honduras)

[www.amnesty.de/informieren/aktuell/honduras-der-schuldspruch-ist-ein-fortschritt](http://www.amnesty.de/informieren/aktuell/honduras-der-schuldspruch-ist-ein-fortschritt)

[www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr37/8289/2018/en/)